

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 38 86 848 ppbn d

Inhalt

Herbert Wehner MdB, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion: Die ersten Wochen der Regierung Kohl erfüllen mit Besorgnis. Seite 1

Axel Wernitz MdB, Vorsitzender des Bundestags-Innenausschusses, bewertet den Streit zwischen Datenschützern und Forschern. Seite 4

Ulrich Steger MdB meint, die Empfehlungen der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel seien auf fruchtbaren Boden gefallen. Seite 6

Markus Schnapka, Referent im Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt, stellt die merkwürdigen Einfälle eines Hoteliers im Bundestag vor. Seite 8

37. Jahrgang / 216

12. November 1982

Negative Bilanz

Die Regierung Kohl verspielt ihr Vertrauenskapital

Von Herbert Wehner MdB
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

Nach fünf Wochen der Kohl/Genscher-Regierung ist es an der Zeit, eine erste Bilanz zu ziehen. Um es vorwegzunehmen: Das Ergebnis dessen, was (sich) die überhastet zusammengestoppelte Rechtskoalition bisher geleistet hat, ist alles andere als erfreulich.

Die Bundesregierung hat es bei ihrem Amtsantritt nicht an großen Worten ermangeln lassen. Von einem "neuen Anfang", von einer "Wende", von der "geistig-moralischen Erneuerung" war da die Rede, mit der die neue Bundesregierung den Herausforderungen unserer Zeit begegnen wollte. Geblieben von diesen Ankündigungen sind lediglich die Worthülsen. Die Fakten sprechen eine andere Sprache.

Die Kluft zwischen dem geistig-politischen Anspruch dieser Regierung und der von ihr praktizierten Wirklichkeit ist unübersehbar: Die "geistig-moralische Erneuerung" ist gekennzeichnet durch Wortbrüche, falsche Versprechungen und Widersprüche am laufenden Band, der kraftvolle "neue Anfang" der "neuen Mehrheit" durch offene Feindschaft zwischen den Koalitionspartnern CSU und FDP sowie durch Kompetenzgerangel zwischen den Unionsministern, die große "Wende" schließlich durch perspektivloses Dahinwursteln und die Unfähigkeit, sachgerechte und vernünftige Lösungen für die dringend anstehenden Probleme anzubieten.

Maßgeblichen Anteil an der bisher an den Tag gelegten Handlungsunfähigkeit hat die FDP. Sie bleibt der große Unsicherheitsfaktor. CDU und CSU müssen in diesen Tagen die schmerzliche Erfahrung machen, daß sie sich einen Koalitionspartner ins Haus geholt haben, dessen innere Verfassung nicht gerade für Stabilität bürgt. Die Herren Genscher und Lambsdorff haben die FDP durch ihre Wechsel- und Wackelei-Politik in eine Zerreißprobe gebracht. Mit

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

Zemantiger Umweltschutz
aus kontrolliert nachhaltigen
Erntefähigen
Recycling-Papier



ihrem Schwenk von den sozialliberalen Zielen zu den wirtschaftsliberalen Vorstellungen einer Mende-Partei der fünfziger und sechziger Jahre hat zwar eine knappe Mehrheit der FDP den Rechtsruck ihrer Führung mitgemacht, doch die lediglich 222 von 400 Delegiertenstimmen, die Genscher als Bundesvorsitzender auf sich vereinigen konnte, sind eine schallende Ohrfeige.

Die Zerrissenheit der FDP spiegelte sich auf ihrem zeitweise chaotischen Parteitag in Berlin nicht nur in den Wahlergebnissen, sondern ebenso in ihren Anträgen wider. Wenn sie das gerade erst vor fünf Wochen von Genscher in den Koalitionsverhandlungen verschacherte Innenministerium per Parteitagsbeschluß nun wieder für sich reklamiert, dann muß sich heute nicht mehr Helmut Schmidt, sondern Helmut Kohl fragen, wie lange eigentlich mit Herrn Genscher getroffene Vereinbarungen Gültigkeit besitzen.

Es rächt sich schon heute für Herrn Kohl, daß er, anstatt sich und dem Wähler Zeit zu lassen, für klare und stabile Verhältnisse zu sorgen, im Eilverfahren seine Koalitionsregierung zusammengeschustert und eine schlampig ausgearbeitete Koalitionsvereinbarung zur Grundlage der Zusammenarbeit gemacht hat.

In der Rechtskoalition ist bereits nach fünf Wochen mehr Sand im Getriebe, als dies am Ende der dreizehnjährigen sozial-liberalen Koalition der Fall war. Zwischen der CSU und der FDP geht so gut wie nichts zusammen. Herr Strauß macht keinen Hehl aus seinen Aversionen gegenüber seinem Koalitions-"Partner" Genscher. Justizminister Engelhard (FDP) streitet sich mit Übergangminister Zimmermann (CSU) über die Zuständigkeiten für ein Neuwahlgutachten für Bundespräsident Carstens. Der Generalsekretär der CSU, Stoiber, wiederum legt sich mit Engelhard an, weil dieser dem tatsächlich etwas merkwürdigen Verfassungsverständnis von Franz Josef Strauß nicht zu folgen mag, diejenigen politischen Parteien von Wahlen fernzuhalten, die nicht für die Funktionsfähigkeit der parlamentarischen Demokratie (im Strauß'schen Sinne) einträten. Engelhard muß sich von Stoiber vorhalten lassen, daß er zu jenen gehöre, "die Liberalität mit pomadigem Zurückweichen vor gefährlichen politischen Entwicklungen verwechseln" ("Frankfurter Rundschau" vom 30. Oktober 1982).

Der innenpolitische Experte der FDP-Fraktion, Hirsch, befehdet sich mit Friedrich Zimmermann über die Bekämpfung des Terrorismus (siehe zum Beispiel Bericht der "Süddeutschen Zeitung" vom 2. November 1982). Stoiber verwarnt den stellvertretenden Vorsitzenden der FDP-Bundestagsfraktion, Cronenberg, wegen dessen Kritik an Strauß mit den Worten, wenn er "und andere den Streit um die Person und die Politik des CSU-Vorsitzenden vom Zaun brechen wollten, werde die CSU gemeinsam mit der CDU die FDP in ihre Schranken verweisen" ("Frankfurter Rundschau" vom 26. Oktober 1982), und nachdem der baden-württembergische FDP-Landesvorsitzende, "Genscher-Freund Morlok" (Stoiber), erklärt hat, daß seine Partei nach den geplanten Neuwahlen einen Eintritt von Strauß in die Regierung ablehnen werde, droht die CSU sogar mit der Aufkündigung der Koalition. Wenn die Polemik gegen Strauß nicht aufhöre - so Stoiber -, würden "die Wege von CSU und FDP in Bonn auseinanderführen" ("Reuter"-Meldung vom 3. November 1982).

Kündigungsdrohungen nach fünf Wochen Koalition: Eine wahrhaft politische Meisterleistung der "neuen Mehrheit".

Aber nicht nur zwischen CSU und FDP, sondern auch innerhalb der Unions-Ministerriege tobt ein heftiger Machtkampf um Kompetenzen. Der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Barzel, rangelt mit dem Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Jennings, um die Vorherrschaft in der Deutschlandpolitik. Zugleich greift er in die Kompetenzen Zimmermanns ein, dessen Abteilung Vertriebene und Flüchtlinge er aus dem Innenministerium zu sich herüberziehen möchte, obwohl diese mehr mit Osteuropa als mit der DDR zu tun hat (siehe "Stern"-Bericht vom 28. Oktober 1982).



Heiner Geißler, seines Zeichens CDU-Generalsekretär und nebenbei Minister für Jugend, Familie und Gesundheit - allein schon dies ein unhaltbarer Zustand -, liegt im Kompetenzstreit mit dem Arbeits- und Sozialminister Blüm, dem er jenen Teil des Gesundheitswesens (zum Beispiel Krankenkassenwesen) wegnehmen möchte, der zur Zeit noch im Arbeits- und Sozialministerium angesiedelt ist.

Blüm wiederum legt sich, über die Kontroverse mit Geißler hinaus, mit Franz Josef Strauß an, weil dieser Blüms sozial ungerechtfertigte und aus volkswirtschaftlicher Sicht unsinnige Forderung einer "Lohnpause" kritisiert hat.

Die Reihe der Streitigkeiten in der neuen Bundesregierung ließe sich fortsetzen.

Angesichts der Uneinigkeit in der Rechtskoalition und den Profilneurosen, unter denen einige Unions-Minister zu leiden scheinen, nimmt es nicht wunder, daß eine gedeihliche Arbeit zum Wohle des Ganzen nicht zustandekommt: Die Arbeitslosenzahlen steigen ungehemmt weiter, der versprochene Investitionsboom findet nicht statt, die Kaufkraft sinkt, die Staatsverschuldung wächst, in der Finanzpolitik ist keine Alternative erkennbar und hinter den angekündigten Neuwahlen steht immer noch ein großes Fragezeichen.

Die CDU/CSU hat es in der Opposition versäumt, rechtzeitig klare Perspektiven für ihre Arbeit zu entwickeln. Obstruktionspolitik allein befähigt eben noch nicht zum Regieren. Aufgrund fehlender programmatischer Vorgaben und konkreter Konzepte muß die CDU/CSU zwangsläufig über jene Fallstricke stolpern, die sie selbst gelegt hat. Erinnerung sei in diesem Zusammenhang nur an die eklatanten Widersprüche in der Haushaltspolitik, wo heute kaum noch etwas von dem gilt, was noch vor wenigen Wochen als unverrückbar verkündet wurde.

Auf zahlreichen anderen Feldern zeichnet sich die neue Rechtskoalition durch völlige Inaktivität aus. Dies gilt für den Umweltschutz, die Innenpolitik, die Rechtspolitik, das Verkehrswesen und vieles andere mehr. Niemand weiß so recht, was dort eigentlich geplant ist, und es darf gezweifelt werden, daß es die Regierung selbst schon weiß.

Nein, die Bilanz der neokonservativen Koalition ist fragwürdig. In den wenigen Wochen ihrer Amtszeit haben die Herren Kohl und Genscher mehr Vertrauenskapital verspielt als jede andere Regierung zuvor. Sowohl in punkto Glaubwürdigkeit als auch in punkto Fleiß haben sie nur die Note "mangelhaft" verdient. Auch künftig soll offensichtlich versucht werden, diesen Mangel an Substanz durch leere Versprechungen gegenüber den Bürgern und Bürgerinnen zu übertünchen. "In zwei bis drei Jahren sind wir sicher finanziell aus dem Größten raus - dann packen wir das Thema Hausfrauenrente" an, erklärte Bundeskanzler Kohl gegenüber der "Bild"-Zeitung vom 2. November 1982.

In die gleiche Kategorie gehört auch die Ankündigung Stoltenbergs, ab 1984 werde die Bundesregierung Steuererleichterungen in Milliardenhöhe einleiten.

Aussagen solcher Art zeugen entweder von einer völligen Ahnungslosigkeit der volkswirtschaftlichen Schwierigkeiten, denen sich die gesamte westliche Welt gegenüber sieht, oder sie sind bewußtes Täuschungsmanöver zur Irreführung der Öffentlichkeit. Das eine wäre naiv, das andere unredlich. Schädlich ist beides.

(-/12.11.1982/ks/va)

* * *



Warnung vor einem Grundsatzstreit

Zum Thema Datenschutz und wissenschaftliche Forschung

Von Dr. Axel Wernitz MdB

Vorsitzender des Innenausschusses des Deutschen Bundestages

Die anhaltende Diskussion über die Auswirkungen des Datenschutzes auf die wissenschaftliche Forschung ist durch die jüngste Stellungnahme des Wissenschaftsrates erneut in den Blickpunkt des öffentlichen Interesses gerückt worden. So wie beim Thema innere Sicherheit und Datenschutz da und dort eine verfehlte Rangelei um die prinzipielle Priorität des einen Bereichs vor dem anderen eingerissen ist, so scheint sich diese untaugliche Auseinandersetzung auch auf dem Gebiet wissenschaftliche Forschung und Datenschutz zu verbreiten.

Dabei stößt der mahnende Appell des Wissenschaftsrates an Bund und Länder nach datenschutzrechtlichen Regelungen, die auf die Bedürfnisse wissenschaftlicher Forschung abgestimmt sind, beim Deutschen Bundestag auf Sympathie und Verständnis.

Beschlußempfehlung und Bericht des Innenausschusses zum 2. und 3. Tätigkeitsbericht des Bundesbeauftragten für den Datenschutz vom März 1982, den das Parlament einvernehmlich verabschiedet hat, stellen zum Thema Datenschutz und wissenschaftliche Forschung fest: "Der Deutsche Bundestag hält eine umfassende Regelung des Verhältnisses zwischen Datenschutz und wissenschaftlicher Forschung für dringend notwendig. Eine derartige Regelung muß an dem Grundsatz orientiert sein, daß die wissenschaftliche Forschung durch den Datenschutz nicht stärker eingeschränkt werden darf als dies zum Schutz der Betroffenen geboten ist."

Auch hier geht es wieder um die Einsicht, in einem schwierigen Prozeß konkreter Abstimmung zwischen dem Datenschutz und den Forschungsbelangen zu stehen, bei dem pauschale Vorwürfe nicht weiterhelfen.

Im 4. Tätigkeitsbericht des Bundesbeauftragten für den Datenschutz wird zum Thema "Forschungsfreiheit - Datenschutz" nicht nur festgestellt, daß die pauschale Behauptung, der Datenschutz behindere die wissenschaftliche Forschung, widerlegt sei.



Soweit Behinderungen auftreten, beruhen sie wohl primär auf Erschwernissen in der Planung und im Ablauf von Forschungsprojekten, so zum Beispiel

- auf Verzögerungen des Datenzugangs als Folge mangelnder datenschutzrechtlicher Kenntnisse der Beteiligten;
- auf Verzögerungen, weil notwendige Abstimmungen beziehungsweise technische und organisatorische Datenschutzmaßnahmen nicht eingeplant waren.

Datenschutz wird nicht selten auch zum Vorwand genommen beziehungsweise vorge-schoben, um einem Projekt die Unterstützung zu versagen.

Schließlich werden Restriktionen als Ausdruck überzogenen Datenschutzes gewertet und bekämpft, die in Wahrheit auf Rechtsvorschriften beruhen, die lange vor der Datenschutzgesetzgebung existierten, wie zum Beispiel der ärztlichen Verschwiegenheitspflicht, dem Statistikgeheimnis oder den Benutzungsordnungen staatlicher Archive.

Von seiten des Datenschutzes ist dem Zugang der Forschung zu personenbezogenen Daten nicht zu widersprechen, wenn schutzwürdige Belange der Betroffenen nicht berührt werden, oder wenn der Gesetzgeber der Forschung den Vorrang eingeräumt hat. Umgekehrt ist von seiten der Forschung grundsätzlich wohl unbestritten, daß der Anspruch des einzelnen auf Datenschutz den Freiraum der Wissenschaft be-grenzen kann. Insofern muß eindringlich vor einem typisch deutschen Grundsatz-streit Datenschutz kontra Forschungsfreiheit gewarnt werden. Vielmehr kann es auch hier vernünftigerweise nur um eine praktische Verständigung beziehungsweise Abstimmung zwischen Datenschutz und legitimen Belangen der Forschung gehen.

(-/12.11.1982/ks/va)

+ + +



Kommissions-Empfehlungen fielen auf fruchtbaren Boden

Untersuchungen über wirtschaftlichen Wandel wurden von uns beherzigt

Von Dr. Ulrich Steger MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Ausschuß für Forschung und Technologie des Deutschen Bundestages

Es gibt sicher zahllose Kommissionen, deren Ergebnis nur in dem Papier bestand, das sie produzierten. Zu den Ausnahmen zählt unstrittig die Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel, jedenfalls was den gewichtigen Teil ihrer Empfehlungen zur Forschungs- und Technologie-Politik angeht. Diese Schlußfolgerung darf man getrost aus der Antwort der Bundesregierung zu einer Kleinen Anfrage von SPD und F.D.P. entnehmen.

Die Kommission, die am Ende der 7. Legislaturperiode ihre verdienstvollen und viel beachteten Empfehlungen vorlegte, bietet per Saldo ein gutes Beispiel für die Kooperation von Wirtschaft, Wissenschaft und Gewerkschaften. Als sie ihre Arbeit aufnahm, herrschte noch jenes von Stoltenberg entwickelte Konzept der "Förderung von Schlüsselindustrien" vor: In Kernenergie, Datenverarbeitung sowie Luft- und Raumfahrt flossen die meisten öffentlichen Forschungsmittel. Die Kommission kritisierte diesen einseitigen Ansatz zu Recht und forderte eine breitere Innovationsmobilisierung.

F+I-Politik ist der am weitesten in die Zukunft gerichtete Teil einer vorausschauenden Strukturpolitik zur Modernisierung unserer Wirtschaft, stellte die Kommission damals fest und daraus ergaben sich zahlreiche praktische Empfehlungen, die zum großen Teil bis 1980 verwirklicht wurden:

1. Die Förderung von Innovationsträchtigen Branchen wurde schwerpunktmäßig erweitert: Rohstoffsicherung, Meerestechnik, Biotechnologie, nichtnukleare Energieforschung wie Umweltforschung und -technik gehören ebenso dazu wie Forschungsprogramme zur Humanisierung des Arbeitslebens. Die Datenverarbeitungsprogramme liefen aus und wurden durch eine auf breite und rasche Anwendung orientierte Mikroelektronikförderung ersetzt.
2. Im Frühjahr 1978 wurde ein forschungs- und technologiepolitisches Gesamtkonzept für kleinere und mittlere Unternehmen verabschiedet. Die Fachprogramme des Bundesministeriums für Forschung und Technologie (BMFT) wurden so umstrukturiert, daß solche Unternehmen besseren Zugang hatten, Personalkostenzuschüsse für Forschungspersonal und Zuschüsse für die externe Vertragsforschung erwiesen sich als wahre



"Renner". Die Forschungszulage nach Paragraph 4 des Investitionszulagengesetzes wurde auf die Bedürfnisse von kleineren und mittleren Unternehmen ausgerichtet. Oft wurden diese Maßnahmen gegen die von den Großfirmen beherrschten Verbände durchgesetzt. Von 1974 bis 1978 stiegen die F+I-Ausgaben für kleinere und mittlere Unternehmen im Bundeshaushalt von rund 100 auf über 800 Millionen DM an. Begleitende Untersuchungen haben gezeigt, daß die gewünschten breiten Innovations-Mobilisierungseffekte auch weitgehend erreicht wurden.

3. Große Bedeutung wurde dem Ausbau des Technologietransfers zugemessen - die Wissenschaft soll ihre Ergebnisse ja nicht im "stillen Kämmerlein" für sich behalten, sondern aus Erfindungen müssen auch neue Produkte werden. Gezielte Informations- und Beratungshilfen sind dabei unter Umständen wichtiger als finanzielle Zuwendung. Darum wurden Technologietransferstellen in den Großforschungseinrichtungen geschaffen und mit finanziellen Anreizen verbunden. Zahlreiche Pilotprojekte zur Technologie- und Innovationsberatung wurden in Kooperation mit dem Rationalisierungskuratorium der Deutschen Wirtschaft, den Industrie- und Handelskammern, dem Verein Deutscher Ingenieure und den Gewerkschaften aufgebaut und auch nach Abschluß der Erprobungsphase fortgeführt. Die dort gesammelten Erfahrungen werden von einer größeren Zahl von Beratungsstellen, insbesondere im Bereich der Industrie- und Handelskammern, genutzt.

Es wäre verwunderlich, wenn neben diesen positiven Ergebnissen nicht Lücken offen geblieben wären. So hat sich zwar die technische Koordinierung der Ressourcenforschung verbessert, aber von einer praktischen Richtlinienkompetenz des Bundesforschungsministeriums ist immer noch nichts zu spüren. Von einer Verzahnung der Forschung mit der Aufgabenplanung der Regierung - Voraussetzung einer effektiven wissenschaftlichen Politikberatung - sind wir noch weit entfernt. Ebenso schienen den Forschungsbürokraten die von der Kommission empfohlenen Vorschläge zur Programmplanung und Prioritätensetzung doch wohl "zu heiß". Ob der neue Bundesforschungsminister hierzu noch einmal einen Anlauf nimmt? (-/12.11.1982/ks/va)

+ + +



"Qualitätsbrief" für Gastwirte?

Die merkwürdigen Einfälle eines Hoteliers im Bundestag

Von Markus Schnapka

Ausländerreferent im Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt

Ingeborg Hoffmann, CDU-Bundestagsabgeordnete und laut Handbuch des Deutschen Bundestages von Beruf Hotelier, macht sich Sorgen um die Qualität des deutschen Gaststättengewerbes. Im Rhein-Sieg-Anzeiger konnte man kürzlich nachlesen, daß die Gastronomin beim Kreisverband des Hotel- und Gaststättenverbandes Nordrhein neben ihrer Darstellung des "von den Sozialisten hinterlassenen Erbes" auch für ihre Forderung Beifall erhielt, "einen Qualitätsbrief zu schaffen, der ausweise, daß der betreffende Gastwirt die erforderlichen Fähigkeiten besitzt".

Zweifellos ist es ein honoriges Bemühen, wenn an den eigenen Berufsstand Qualitätsmaßstäbe gestellt werden; merkwürdig nur, daß die politisch engagierte Gastronomin ihre Forderung nach einem "Qualitätsbrief" mit der Tatsache verquickte, daß jede siebte Gaststätte im Rhein-Sieg-Kreis von einem Ausländer geführt werde.

Kann es sein, daß Frau Hoffmann nicht so sehr den Standard der deutschen Gastronomie, sondern die Gastronomie in Deutschland im Visier hat? Was hier mehr oder minder deutlich durchschimmert, mag von der Furcht vor unliebsamer und oft preisgünstigerer Konkurrenz getragen sein.

Eine Nachfrage bei den Gewerbeaufsichtsämtern in Siegburg und Troisdorf ergab jedenfalls, daß ausländische Gaststätten nicht mehr und nicht weniger Anlaß zu behördlichem Einschreiten geben als deutsche Betriebe.

Die "einzige Gastwirtin im Deutschen Bundestag" (Hotel- und Gaststättenkreisvorsitzender Otto) hat offenbar die Absicht, den "Neuanfang" gut durchgebraten zu servieren. Oder muß man doch polemisch werden und aufgrund dieser kleinen Begebenheit einen Qualitätsbrief für Wirte mit politischem Mandat fordern? Überlassen wir auch in Zukunft den Essern das Urteil: "Hier wendet sich der Gast mit Grausen."
(-/12.11.1982/ks/va)

+ + +

